

09.09.2011

**"Indiskutables Angebot"**

**Verhärtete Fronten, nun die Absage: Ein "indiskutables Angebot". (Symbolbild)**

In der Parlamentssitzung in der Emstalhalle wurde einer Fortführung des Vertrags mit der Katholischen Kirche als Träger einstimmig, bei einer Enthaltung, eine Abfuhr erteilt. Denn das Bistum Limburg wollte sich nach Auskunft der Gemeindevertreter in Sachen Kostenbeteiligung und Mitbestimmung der Zivilgemeinde unter anderem bei Personalentscheidungen nicht bewegen. Einige Mandatsträger bedauerten, dass die Kirche aus dem Boot ist und würden sich freuen, wenn es irgendwie durch eine freie Zusammenarbeit doch noch möglich würde, die christliche Erziehung in den Tagesstätten fortzuführen. Doch das Angebot zur weiteren Zusammenarbeit der Kirche war für die

Brechnerer Parlamentarier indiskutabel, weil sich die Kirche trotz lediglich noch 15-prozentiger Beteiligung an den Betriebskosten nicht auf die Zivilgemeinde zubewegen wollte. Die Gemeinde Brechen muss nun in Verhandlungen gehen, ob ein Kauf oder eine Anmietung der derzeit genutzten Gebäude möglich ist. Ziel der Kommune ist eine Übernahme der Geschäfte zum neuen Kindergartenjahr im August 2012.

---

**Keine Bereitschaft**


---

In der Gemeindevorlage zur Abstimmung über die Fortführung der Trägerschaft im Parlament heißt es: "Die Verhandlungsführer der Gemeinde haben den Eindruck, dass der vorliegende Vertragsentwurf soweit ausverhandelt ist, dass kirchlicherseits weder die Bereitschaft noch die Möglichkeit besteht, weitere Zugeständnisse zu machen. Insbesondere im Bereich der Gebäudekosten sind die Ergebnisse mehr als unbefriedigend." Eine Infoveranstaltung am 11. August mit 50 anwesenden Personen, darunter rund 20 Eltern, habe kein klares Votum für die Übernahme der Einrichtungen durch die Gemeinde oder eine Fortsetzung der Trägerschaft durch die Kirchen erbracht. Es habe aber kritische Äußerungen aus dem Publikum gegenüber den Kirchenvertretern gegeben. Zwar hätten sich drei Personen für eine Fortsetzung der Kooperation mit der Kirche ausgesprochen, doch das könne bei über 100 betreuten Kindern nicht als vehementes Eintreten der Elternschaft für die weitere Zusammenarbeit angesehen werden. SPD-Fraktionsvorsitzender Bernd Schmidt sagte, es könne nicht sein, dass das Bischöfliche Ordinariat in einer Einrichtung alles bestimmen wolle, wenn es nur 15 Prozent der Kosten übernehme. Dieses Missverhältnis könne nicht länger hingenommen werden.

---

**Rückgrat gezeigt**


---

Denn das neue Vertragsangebot der Kirche hätte laut Schmidt nicht wirkliche Verbesserungen für die Zivilgemeinde erbracht, obwohl diese bereits 58 Prozent der laufenden Kosten zahle. Schmidt vertrat die Auffassung, wenn zwei Partner etwas gemeinsam machten, auch beide mit Entscheidungen

einverstanden sein müssten. Deswegen müsse die Gemeindepolitik einfach mal Rückgrat zeigen und die Trägerschaft mit der Kirche beenden. Sebastian Steul (FDP) erklärte, dass das Bischöfliche Ordinariat offenbar kein ernsthaftes Interesse an der Fortführung der Trägerschaft gehabt habe, "denn sonst wäre es in einigen Punkten auf unsere Vorschläge eingegangen". Steul bedauerte, dass es der Kirche offenbar mehr ums Geld gehe, als um die Zukunft der Kinder. Gerd Roos, Sprecher der FWG, betonte, dass es nicht sein Ziel gewesen sei, die Kooperation mit der Kirche aufzukündigen, sondern einfach einen neuen, zeitgemäßen Vertrag auszuhandeln. Doch sei die Kirche nicht bereit gewesen, die Wünsche der Zivilgemeinde zu berücksichtigen. Offenbar sei der Wunsch der Kirche auf Fortsetzung der Kooperation nicht so groß gewesen wie umgekehrt. Roos hätte sich gewünscht, dass es in den Brechener Kindergärten mit der christlichen Wertevermittlung weitergehe, aber das vorgelegte Vertragsangebot sei einfach inakzeptabel gewesen, so der FWG-Fraktionschef.

---

### **Berechtigte Anregungen**

---

Auch BWG-Sprecher Günter Rudloff konnte kein übersteigertes Interesse der Kirche an der Fortsetzung der Kooperation feststellen. Ansonsten wäre die Kirche laut Rudloff in einigen Punkten auf die berechtigten Anregungen der Kommune eingegangen. Tobias Herbst (CDU) bedauerte das Ergebnis. Er stellte aber klar, dass dies keine Entscheidung gegen den Träger an sich sei, sondern eher gegen die von ihm geführte "miserable Vertragsverhandlung". Herbst würde es sich wünschen, die Kirche zukünftig trotzdem in die Kindergartenarbeit einzubinden.

---

© 2011 Nassauische Neue Presse